



INTERVIEW MICHEL RECKINGER, PRÄSIDENT DER UEL

# Die Produktivität der Unternehmen muss oben auf der politischen Agenda stehen.

Anfang Januar löste Michel Reckinger den scheidenden Präsidenten Nicolas Buck an der Spitze des Arbeitgeberverbandes UEL ab. Es ist das erste Mal, dass ein Vertreter aus dem Handwerk diese Aufgabe übernimmt. Dieses Mandat bedeutet auch, dass Reckinger anlässlich der nächsten Generalversammlung den Vorsitz der Fédération des Artisans niederlegen wird.



Wir sprachen mit dem neuen Arbeitgeberpräsident über seine Prioritäten und über die Herausforderungen, denen sich die Unternehmen zurzeit gegenübersehen.

**Nicolas Buck hat nach 18 Monaten die Präsidentschaft der UEL niedergelegt. Die Mitgliedsorganisationen hatten sich bereits im Oktober letzten Jahres auf einen Nachfolger geeinigt. Was hat sie dazu bewogen das Mandat anzunehmen?**

Nicolas Buck hat beschlossen sich wieder stärker auf sein Unternehmen zu konzentrieren. Das ist ein Entschluss, den man nachvollziehen kann und respektieren muss. Wir sind keine Berufspolitiker oder Gewerkschaftspräsidenten, die ihr Mandat Vollzeit ausfüllen können. Der Vorstand der UEL besteht, wie alle Vorstände von Arbeitgeberverbänden, aus ehrenamtlichen Mitgliedern, die die Verantwortung über Unternehmen und Mitarbeiter haben.

Die Präsidentschaft der UEL bringt eine große Verantwortung mit sich und verlangt ein entsprechend großes Engagement. Gleichzeitig sind wir uns als Arbeitgeber der Tatsache bewusst, wie wichtig der ehrenamtliche Einsatz von Unternehmern für unseren Wirtschaftsstandort, unsere Unternehmen und schlussendlich für unsere Gesellschaft ist. Ich bin der Überzeugung, dass sich Luxemburg an einem Scheidepunkt befindet, an dem sich abzeichnen wird, in welche Richtung sich das Land entwickeln wird und ob wir unsere privilegierte Stellung in Europa halten können. Dazu will ich, gemeinsam mit meinen Kollegen, einen Beitrag leisten.

**„Wir brauchen den Finanzplatz, die Industrie und das Handwerk genauso wie den Einzelhandel und das Gastgewerbe. Alle diese Wirtschaftszweige müssen so produktiv wie möglich arbeiten können, um knappe Ressourcen zu schonen.“**

**Sie sind wie gesagt der erste Handwerksvertreter, der diesen Posten übernimmt. Sind alle Sektoren, die in der UEL organisiert sind, immer auf einer Linie oder gibt es auch interne Konflikte und unterschiedliche Interessen?**

Es gibt nur eine Wirtschaft. Es existiert kein Szenario bei dem es dem Handwerk, dem Handel oder dem Gastgewerbe gut gehen

würde, wenn es den Banken und der Industrie schlecht geht. Es gibt auch kein Szenario, bei dem die Menschen davon profitieren würden, wenn es der Wirtschaft schlecht geht und umgedreht.

Die UEL steht für eine starke Luxemburger Wirtschaft als Grundlage eines großzügigen Sozialsystems und eines handlungsfähigen Staates, der seine Aufgaben im Interesse seiner Bürger erfüllen kann.

Mit diesem Rahmen können sich alle Mitgliedsorganisationen der UEL identifizieren. Wenn zu dem einen oder anderen Thema Diskussionsbedarf besteht, dann klären wir das auf kollegialer Basis in unseren Gremien. Es besteht eine sehr große Bereitschaft, gemeinsame Positionen auszuarbeiten, die wir gegenüber unseren Partnern vertreten können.

**Vor der Pandemie stand der Sozialdialog auf Unternehmerseite in der Kritik, da die Anliegen der Arbeitgeber systematisch ignoriert wurden. Wie bewerten Sie den Sozialdialog?**

Ich bin ein großer Anhänger des Sozialdialogs, vor allem wenn er im Unternehmen stattfindet. In Unternehmen finden Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeden Tag konkrete Lösungen zu konkreten Problemen, da beide die Perspektive des jeweils anderen im Blick haben. Ohne Mitarbeiter gibt es kein Unternehmen und ohne Unternehmen gibt es keine Mitarbeiter. Das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit diszipliniert den Umgang miteinander.

Beim Sozialdialog auf nationaler Ebene fehlte in den vergangenen Jahren diese geteilte Perspektive und deren disziplinierende Wirkung. Es stimmt, dass die Zusammenarbeit im Kontext der Pandemie besser funktionierte. Sozialpartner und Regierung haben den Kontakt gehalten und konnten im Bereich der Kurzarbeit, der Unterstützungsmassnahmen und kürzlich bei der Regelung des Homeoffice gemeinsam getragene Lösungen finden. Das ist positiv.

Die Herausforderung besteht jetzt darin, diesen „Spirit“ in den „normalen“ Sozialdialog zu übertragen. Zugeständnisse müssen auf beiden Seiten gemacht werden. Wir können nicht weiterhin blind Forderungen stellen. Sozialdialog ist ein Geben und Nehmen. Wenn es nur darum geht, die Arbeitgeberseite



im Rahmen von Alibiveranstaltungen vorzuführen, wird der Sozialdialog keine Zukunft haben.

**Die missglückte Niederlassung von FAGE führte zu einer Diskussion über künftige Standortpolitik, die weiterhin andauert. Welche Wirtschaft braucht Luxemburg in ihren Augen?**

Die Gesellschaft und auch die Politik haben klare Vorstellungen darüber, wie der Sozialstaat, das Lohn- und Rentenniveau, die Qualität der Infrastrukturen und öffentlichen Dienstleistungen auszusehen haben. Wir brauchen also eine entsprechende Wirtschaftsleistung und Investoren, um diese Vorstellungen

weiterhin zu finanzieren. Die luxemburgische Wirtschaft muss also notgedrungen sehr wettbewerbsfähig und dynamisch sein, ohne jedoch einen ökologisch und landesplanerisch sinnvollen Entwicklungskorridor zu verlassen.

Wir brauchen den Finanzplatz, die Industrie und das Handwerk genauso wie den Einzelhandel und das Gastgewerbe. Alle diese Wirtschaftszweige müssen so produktiv wie möglich arbeiten können, um knappe Ressourcen zu schonen. Dies ist die wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre. Wann werden wir endlich



produktiver? Klammert man den Finanzplatz aus der Gleichung aus, ist Luxemburg in puncto Produktivität europäisches Schlusslicht. Diese Tatsache gehört ganz oben auf die politische Agenda und diese Tatsache muss sich in den verschiedensten Politiken konkret widerspiegeln, wenn wir in Luxemburg unseren Lebensstandard halten möchten.

**Die Öffentlichkeit hat inzwischen eine gespaltene Haltung zum Wachstum. Vor allem die Folgekosten auf dem Wohnungsmarkt und bei der Mobilität stehen in der Kritik. Macht dieses Modell noch Sinn?**

Das ist keine Frage, die ein UEL Präsident beantworten kann. Es handelt sich hier um eine gesellschaftliche Grundsatzentscheidung wohin das Land steuern soll. Ein Systemwandel ist natürlich möglich. Wenn wir die Rahmenbedingungen weiterhin verschlechtern und als Standort im internationalen Vergleich nicht mehr attraktiv sind, werden sich zahlreiche Aktivitäten ins Ausland verlagern. Es werden vor allem Finanzdienstleistungen sein, die hoch mobil sind. Dann gibt es jedoch keinen Grund, warum der Lebensstandard in Luxemburg viel höher sein sollte, als dies z.B. in der französischen Grenzregion der Fall ist, mit entsprechenden Löhnen und Sozialleistungen. Bis jetzt habe ich noch von keiner Partei gehört, dass dies eine wünschenswerte Zielsetzung sei. Deshalb sollte man nicht so tun, als könne man sich vom Wachstum verabschieden, während alle anderen Parameter bestehen bleiben würden.

Das heißt aber auf der anderen Seite nicht, dass man nicht versuchen muss, die Folgekosten des Wachstums abzufedern. Die Regierung ist dabei einen enormen Investitionsstau aufzuholen, insbesondere im Bereich der Mobilität. Der Wohnungsmarkt ist wegen des dynamischen Bevölkerungswachstums unter Druck, aber nicht nur deswegen. Die Regierung verfolgt keine kohärente Wohnungsbaupolitik, bei der die Priorität in der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum liegt. Auf der einen Seite schaffen wir eine Erwartungshaltung, indem wir ein Anrecht auf Wohnungseigentum suggerieren und auf der anderen Seite stehen wir bei der Schaffung von Wohnraum, aus den verschiedensten Gründen, auf der Bremse.

**Kaum eine politische Diskussion kommt ohne die Feststellung aus, dass die Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht und immer weniger Bürger vom Wachstum profitieren?**

Die Wirtschaft kann versuchen den Kuchen grösser zu machen. Die Politik ist dafür zuständig den Kuchen zu verteilen, um die soziale Kohäsion in der Bevölkerung sicherzustellen.

Dies funktioniert in Luxemburg relativ gut. Luxemburger Unternehmen bezahlen europaweit die höchsten Löhne. Rund die Hälfte des Staatshaushaltes fließt in soziale Dienstleistungen, also in die Umverteilung. Natürlich könnte man diese Umverteilung viel selektiver gestalten, um Geringverdienern besser unter die Arme zu greifen und die Schere zusammenzuhalten. Die Regierung nimmt sich immer wieder vor, die Gießkanne im Schuppen zu lassen, was bis heute aber noch nie gelungen ist. Die CO<sub>2</sub> Abgabe ist hier nur das aktuelle Beispiel.

Soziale Kohäsion ist aber wichtig. Das Thema erzeugt viel Resonanz in der Bevölkerung. Es ist aber auch ein Thema mit dem viel Unfug getrieben werden kann. Deshalb ist es wichtig, den Diskussionsgegenstand klarer zu umreißen und die bestimmenden Größen zu definieren. Das Armutsrisiko ist statistisch definiert. Wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdient, fällt unter das Armutsrisiko. Doch was verstehen wir unter „reich“? Ist damit eine Einkommensgrenze gemeint? Immobilienbesitz oder Kapital? Meint man damit die Unternehmen? Was sollen wir von den „Reichen“ verlangen, wenn wir uns auf eine Definition geeinigt haben? Mehr Steuern, die wir dann wieder mit der Gießkanne verteilen werden? Schaffen wir etwa die Lohnindexierung ab, die wesentlich dazu beiträgt, dass die Lohnschere zwischen geringen und hohen Einkommen quasi mechanisch auseinanderstrebt?

Die soziale Kohäsion im Land ist ein wichtiges Thema, dass wir nicht nur auf der emotionalen Ebene diskutieren sollten.

**Eine Diskussion, die sich direkt daran anschließt, ist die der Steuergerechtigkeit...**

Hier wird die Besteuerung von Unternehmen und die Besteuerung von Arbeitnehmern thematisiert oder um es ideologischer zu formulieren, die Besteuerung von Kapital gegen die Besteuerung von Arbeit. Als Unternehmer möchte ich vorausschicken, dass ich nichts gegen eine geringere Besteuerung von Arbeit auszusetzen habe.

Was mich aber stört, ist die antagonistische Darstellung. Besteuerung von Arbeit und Besteuerung von Kapital stehen meiner Meinung nach nicht in einem direkten Spannungsfeld. Bei der Betriebsbesteuerung stehen wir in einem internationalen Wettbewerb. Wenn unser Standort nicht mehr interessant ist, wandern verschiedene Aktivitäten, die auf Exportmärkten aktiv sind, ab. Wir haben dann die Befriedigung, dass wir einen höheren Steuersatz für Unternehmen vorweisen können, doch gleichzeitig wird dann kaum noch Kapital im Land sein, das man besteuern kann. Die entsprechenden Aktivitäten werden dann in Frankfurt, London oder Dublin stattfinden und die Arbeitsplätze verlagern sich auch dahin. Wir dürfen nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Die schmalen Schultern in Luxemburg würden dann im Endeffekt eine unvergleichbar höhere Steuerlast zu tragen haben als vorher.

Bei der Lohnbesteuerung zahlen 5 Prozent der Steuerzahler 50 Prozent des Steueraufkommens. Die oft bemühten breiten Schultern tragen also ihre Last.

Natürlich sind wir nicht damit einverstanden, dass Betriebe, die einen enormen Umsatz erzielen praktisch keine Steuern zahlen. Doch das sind nur eine Handvoll im Vergleich zu den abertausenden Unternehmen, denen nichts geschenkt wird.

**Welches sind Themen mit denen sich die UEL prioritär beschäftigt?**

Die Kernkompetenzen der UEL sind Steuern, Arbeitsbeziehungen und die Sozialversicherung. Hier geht es darum, ein Umfeld herzustellen, in dem sich die Unternehmen entwickeln können. Das steuerliche Umfeld ist besonders für Unterneh-

men wichtig, die ihre Dienstleistungen und Produkte auf dem Weltmarkt verkaufen müssen, wie z.B. die Finanzindustrie. Bei den Arbeitsbeziehungen haben wir vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Blick, die zunehmend Probleme haben ihre Arbeitsabläufe zu organisieren. Wir sind für eine attraktive Work-Life Balance, doch die Unternehmen müssen ebenfalls die Möglichkeit erhalten, sich diesen Entwicklungen anzupassen um überlebensfähig zu bleiben.

Bei der Sozialversicherung geht es darum unsere Mitarbeiter gut abzusichern, in Zukunft die Selbständigen besser abzusichern, die Lohnnebenkosten unter Kontrolle zu halten und für die Zukunft ein finanziell nachhaltiges System zu garantieren.

Wegen der enormen Bedeutung dieser Themen möchte ich, gemeinsam mit den Mitgliedsorganisationen, auch die Themen Wohnungsbau und Energiewende auf Ebene der UEL behandeln.

**Wie geht es den Unternehmen im Kontext der Corona-Pandemie?**

Über die Kurzarbeit konnte das Schlimmste für die Mitarbeiter des Privatsektors verhindert werden. Die Unsicherheit, wie es mit der sanitären Situation weitergeht, belastet die Wirtschaft weiterhin schwer. Zahlreiche Unternehmen haben keine Liquidität mehr. Betriebskosten laufen weiter, auch wenn keine Einnahmen reinkommen. Mittelfristig hängt viel davon ab, wie sich das Investitionsverhalten privater und öffentlicher Akteure entwickeln wird.

**Was erwarten Sie sich von der Regierung?**

Wir haben Erwartungen sowohl was die Form als auch den Inhalt des Austauschs mit der Regierung betreffen.

Was die Form betrifft, ist es uns wichtig, dass die Regierung die Legitimität der UEL und ihrer Forderungen anerkennt. Die UEL vertritt über ihre Mitglieder 100 Prozent der Unternehmen in Luxemburg. Das mag zwar banal klingen, doch es ist die Grundlage für jede Art von Verhandlung.

Inhaltlich sind wir der Meinung, dass Luxemburg eine aktive Wirtschafts- und Standortpolitik betreiben muss. Wir reden sehr viel über die Umverteilung von finanziellen Mitteln. Da sprudeln wir über von Ideen und Initiativen. Wir reden unserer Meinung aber nicht genug darüber, wie dieser Reichtum zustande kommt. Das ist kein Selbstläufer und muss daher wieder in den Focus der Politik rücken. Hier geht es um Produktivität, um Prozeduren, um Standortentwicklung, um den Stellenwert von Unternehmern...

**Was sind ihre Erwartungen an die Politik im Allgemeinen?**

Wir stellen fest, dass keine Partei die Wirtschafts- und Finanzkompetenz für sich beansprucht. Man hat vielmehr den Eindruck, als wollte keine Partei mit diesen Themen in Verbindung gebracht werden. Es ist ein stückweit tragisch, dass sich die Politik nicht mit den finanziellen Grundlagen ihres Handelns auseinandersetzt.

Als Unternehmerorganisation haben wir uns sogar schon die Frage gestellt, ob wir nicht eine eigene Partei ins Leben rufen sollten, um diese verwaisten Themen aufzugreifen und den



Unternehmern und Selbständigen wieder eine politische Heimat zu bieten. Allein dieser Gedanke beweist, wie dramatisch es in unserer nationalen Parteienlandschaft aussieht, wenn es um Wirtschaftsfragen geht.

*Retrouver la version en langue française de cet entretien sur [www.fda.lu](http://www.fda.lu)*